



PRESSE

PRESSEMITTEILUNGEN

25. SEPTEMBER 2017 - PRESSE

kfd-Bundesverband zur Bundestagswahl: Jetzt die erreichten Schritte in der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern weiterbetreiben!



Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) - Bundesverband e.V. hat mit großer Sorge das Ergebnis der gestrigen Bundestagswahl zur Kenntnis genommen.

Dazu die Bundesvorsitzende der kfd, Mechthild Heil:

"Es ist bedauerlich, dass Abgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen, die sich offen gegen eine Gleichstellung von Frauen und Männern aussprechen und den Klimawandel leugnen. Dieses Wahlergebnis erschwert zudem die Integration derjenigen,

die nach Deutschland zuwandern und hier eine neue Heimat suchen."

In einem bundesweiten Wahlauf hatte die kfd sich klar gegen Populismus positioniert und ihre Mitglieder aufgefordert, sich gezielt mit den Wahlprogrammen der Parteien auseinanderzusetzen. Dafür hatte der kfd-Bundesverband die Programme der sechs jetzt in den Bundestag gewählten Parteien zentralen kfd-Themen gegenübergestellt, um seinen Mitgliedern eine Wahlentscheidung zu erleichtern.

"Ein schwacher Trost ist die erfreulich hohe Wahlbeteiligung, da 76 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Das ist ein Erfolg für die Demokratie in unserem Land und macht Hoffnung, dass Menschen auch über den Wahltag hinaus die Arbeit der Bundesregierung kritisch begleiten", so Heil.

Ein dringendes Anliegen der kfd an die neue Bundesregierung ist eine Rentenreform, die Altersarmut durch eine Sockelrente verhindert und Erziehungs- und Pflegezeiten besser anerkennt. Das ist besonders für Frauen wichtig, die primär von Altersarmut betroffen sind.

Daher ruft der kfd-Bundesverband als Mitglied des Rentenbündnisses der katholischen Verbände (Familienbund, KAB, kfd, KLB, Kolping) in einer Postkartenaktion alle neu- und wiedergewählten Abgeordneten bundesweit dazu auf, sich für eine solidarische und generationengerechte Rentenreform einzusetzen.

An die neue Bundesregierung richtet die kfd zudem den Appell, sich insbesondere einzusetzen für

neue Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer sowie Lohngerechtigkeit,

die Förderung legaler, fair bezahlter, bezahlbarer haushaltsbezogener Dienstleistungen,

Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit als zentrale Kriterien für Entwicklungspolitik und bi- sowie multilaterale Abkommen und

zusätzliche legale, transparente und gegebenenfalls befristete Zuwanderungsmöglichkeiten für einreisewillige Menschen sowie Rücksichtnahme auf die besonderen Bedürfnisse geflüchteter Frauen bei der Unterbringung, Betreuung und allen Integrationsmaßnahmen.

KONTAKT

Julia Kaballo

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0211 44992-25

Mobil: 0170 3805022

julia.kaballo@kfd.de

STAND: 25.09.2017